

Nr. 1881/13

1991 -11- 07

## A N F R A G E

der Abgeordneten Petrovic, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung

betreffend Beurteilung von Technologiefolgen

Im Koalitionsübereinkommen zwischen den Regierungsparteien wird im Abschnitt "Bessere Bedingungen für Forschung und Entwicklung" die Einrichtung einer "Enquetekommission für Forschung und Technologie" angekündigt. Die Zielsetzung dieser Kommission wird wie folgt umrissen: "Vorrangige gesetzliche Regelung für die Forschung und Anwendung der Gentechnik".

In der Realität scheint freilich eine andere Vorgangsweise auch vom Wissenschaftsressort eingeschlagen zu werden, da es zwar abgesehen von einer diesbezüglichen Globalförderung der Akademie der Wissenschaften keine bedeutenden Ansätze einer fundierten Technologiefolgenabschätzung gibt, insbesondere auch nicht auf parlamentarischer Ebene. Hingegen gab und gibt es eine Fülle konkreter Förderungen für gentechnologisch agierende Unternehmungen, so etwa lt. Forschungsbericht der Bundesregierung (S. 58) allein aus dem Budget des Wissenschaftsressorts im Umfang von rund S 121 Mio. bis Ende 1990.

Diese Vorgangsweise erweckt den Anschein, daß mit öffentlichen Mitteln der einschlägig agierenden Industrie ein "Startvorteil" eingeräumt wird, sodaß längst überfällige Aktivitäten notwendigerweise ins Hintertreffen geraten müssen bzw. voraussichtlich stark von der vauseilenden Praxis geprägt werden dürften.

Noch mehr befremdet, daß zwar das Wissenschaftsressort federführend war in dieser "industriellen Initialphase", nunmehr aber im Bereich der legislativen Aktivitäten seit langem säumig ist bzw. offenbar dem Gesundheitsministerium "den Vortritt gelassen hat". Angesichts der nicht unbeträchtlichen Dimensionen, die gentechnologisch arbeitende Betriebe in Österreich bereits erreicht haben, dürfte es nunmehr sogar eher im Interesse der Industrie gelegen sein, ein wenig restriktives Gesetz zu erhalten, welches allfällige Risiken auf die Allgemeinheit bzw. die Sozialversicherung überwältzt.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung folgende

### A n f r a g e :

1. Halten Sie es für einen verantwortungsbewußten Umgang mit dem nicht gerade geringen Gefahrenpotential der Gentechnologie, daß bis Ende 1990 Forschungsmittel im Ausmaß von rd. S 121 Mio. vergeben wurden, ohne daß eine fundierte Technologiefolgenabschätzung existiert?

2. Im Bereich der Atomtechnologie haben letztendlich die KritikerInnen mit ihren Warnungen recht behalten; was veranlaßt Sie zu der Annahme, daß die Entwicklung hinsichtlich der Gentechnologie, bei der es noch weit gewichtigere warnende Stimmen gibt, anders verlaufen könnte?
3. Im Bereich des Wissenschaftsressorts wurde zwar eine Darstellung der anwendbaren Rechtsvorschriften betreffend Gentechnologie veranlaßt, jetzt jedoch keine weitere Initiative in Richtung Gentechnologie-Gesetz gestartet; sehen Sie im Bereich des Wissenschaftsressorts keinen diesbezüglichen Regelungsbedarf? Wenn ja, warum?
4. Im Bereich des Gesundheitsministeriums wird derzeit ein (aus der Sicht der Grünen Alternative wenig geeigneter) Entwurf eines Gentechnologie-Gesetzes diskutiert; sehen Sie die Frage der Gentechnologie auch auf den Bereich des Gesundheitswesens beschränkt und nicht als eine Frage allgemeinwissenschaftlicher Bedeutung?
5. Im Forschungsbericht 1991 wird angeführt, daß nunmehr die Phase III des Schwerpunktprogrammes (Fertigungsüberleitung) erreicht sei; welche Fertigungen bzw. welche Projekte werden in dieser Phase III gefördert? Für welche dieser Projekte gibt es bereits konkrete Förderungszusagen, welche stehen darüber hinaus in Diskussion?
6. Die ebenfalls aus öffentlichen Mitteln (BM für Arbeit und Soziales) geförderte Firma Biochemie Kundl engagiert sich seit Jahren in der Erzeugung eines rekombinanten Rinderwachstumshormons, welches derzeit international nicht zugelassen ist. Wie beurteilen Sie persönlich den Einsatz derartiger Präparate in der Landwirtschaft hinsichtlich der globalen Technologiefolgen?
7. Im Forschungsbericht wird der Bereich Landwirtschaft und Ernährung allgemein als ein Bereich "hoher wissenschaftlicher und technologischer Relevanz" dargestellt; kritische WissenschaftlerInnen warnen hingegen gerade in diesem Bereich vor unabsehbaren Auswirkungen der Patentierung von Lebewesen, insbesondere im Bezug auf eine weitere Abhängigmachung der Dritten Welt. Wie beurteilen Sie die Technologiefolgen der Gentechnologie in diesem Bereich persönlich?
8. Die Österr. Gesellschaft für Genetik und Gentechnologie erhält eine "Globalförderung" des Wissenschaftsministeriums. Wie hoch ist die Summe aller Beträge, die dieser Gesellschaft seit ihrer Gründung aus Mitteln des Wissenschaftsressorts zugeflossen ist?
9. Auf der Seite der KritikerInnen der Gentechnologie hat in Österreich vor allem das Genethische Netzwerk grundlegende Arbeit geleistet; im Sinne der Ausführungen im Koalitionsübereinkommen hinsichtlich der Technologiefolgenabschätzung erscheint es daher besonders wichtig, auch methodenkritische Vereinigungen entsprechend budgetär auszustatten. In welchem Umfang hat das Wissenschaftsressort das Genethische Netzwerk seit seiner Gründung gefördert? Welche anderen gen-kritischen Einrichtungen wurden in welcher Höhe gefördert?